

Kommuniqué der Energiekonferenz in Washington (Washington, 13. Februar 1974)

Legende: Das Schlußkommuniqué der Energiekonferenz in Washington am 13. Februar 1974 beschreibt im einzelnen die von den Ölverbraucherstaaten vorgesehenen Mittel zur Bekämpfung der Auswirkungen der Ölkrise.

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1974, Nr. 2. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Kommuniqué der Energiekonferenz in Washington", p. 22-25.

Urheberrecht: (c) Europäische Union

URL: http://www.cvce.eu/obj/kommunique_der_energiekonferenz_in_washington_washington_13_februar_1974-de-96e19fad-6aba-4b79-a791-34624e94acf9.html

Publication date: 16/03/2015

Kommuniqué der Energiekonferenz in Washington (Washington, 13. Februar 1974)

Einleitung

1. Vom 11. bis 13. Februar 1974 hat in Washington eine Tagung der Außenminister Belgiens, Kanadas, Dänemarks, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Irlands, Italiens, Japans, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten stattgefunden. Die Europäische Gemeinschaft war als solche durch den Präsidenten des Rates und den Präsidenten der Kommission vertreten. Auch Finanzminister sowie Minister, die für Energie- und Wirtschaftsfragen, für Wissenschaft und für technologische Fragen verantwortlich sind, nahmen an den Beratungen teil. Teilnehmer an der Tagung war ferner der Generalsekretär der OECD. Die Minister prüften die internationale Lage auf dem Energiesektor und ihre Auswirkungen und entwarfen einen Aktionsplan, um dieser Situation zu begegnen, die konstruktive und umfassende Lösungen erfordert. Im Hinblick darauf kamen sie über spezifische Schritte zur Herstellung einer wirksamen internationalen Zusammenarbeit überein. Die Minister erklärten, daß nach Lösungen für das weltweite Energieproblem in Konsultation mit den Förderländern und den übrigen Verbrauchern gesucht werden müsse.

Analyse der Situation

2. Sie stellten fest, daß in den letzten drei Jahrzehnten Fortschritte in der Produktivitätssteigerung und der Verbesserung des Lebensstandards dadurch sehr erleichtert worden sind, daß Energie in immer größeren Mengen zu relativ stabilen Preisen ohne weiteres verfügbar war. Sie erkannten an, daß das Problem, den wachsenden Bedarf zu decken, bereits bestand, bevor sich die gegenwärtige Situation ergeben hatte, und daß der steigende Energiebedarf der Weltwirtschaft konstruktive langfristige Lösungen erfordert.

3. Sie kamen zu dem Schluß, daß sich die gegenwärtige Energiesituation infolge einer Verstärkung dieser grundlegenden Gegebenheiten und infolge politischer Entwicklungen ergeben hat.

4. Sie untersuchten die Probleme, die der scharfe Anstieg der Ölpreise mit sich gebracht hat, und teilten die vom Zwanziger-Ausschuß des Internationalen Währungsfonds auf seiner jüngsten Tagung in Rom geäußerte Besorgnis über die unvermittelt starken Änderungen, mit denen in bezug auf die Struktur der weltweiten Zahlungsbilanz zu rechnen ist.

5. Sie stimmten darin überein, daß die gegenwärtigen Erdölpreise die Handels- und Finanzstruktur der ganzen Welt vor eine völlig neue Situation stellen. Sie erkannten an, daß keines der Verbraucherländer hoffen kann, sich aus diesen Entwicklungen herauszuhalten, oder erwarten darf, den Auswirkungen der Ölpreise auf den Zahlungsverkehr ausschließlich durch Währungs- oder Handelsmaßnahmen begegnen zu können. Ihrer Auffassung nach könnte ein Fortbestand der gegenwärtigen Situation zu einer ernsten Verschlechterung der Einkommen und der Beschäftigungslage führen, den inflationären Druck verstärken und das Wohlergehen der Völker gefährden. Sie äußerten die Überzeugung, daß finanzielle Maßnahmen allein nicht ausreichen werden, den Belastungen der gegenwärtigen Situation zu begegnen.

6. Sie äußerten insbesondere ihre Besorgnis über die Folgen der Situation für die Entwicklungsländer und erkannten an, daß sich die gesamte internationale Gemeinschaft um die Lösung dieses Problems bemühen muß. Bei den gegenwärtigen Ölpreisen werden sich durch die zusätzlichen Energiekosten der Entwicklungsländer die Aussichten für deren wirtschaftliche Entwicklung erheblich verschlechtern.

Allgemeine Schlußfolgerungen

7. Die Minister erklärten, daß bei der Verfolgung der einzelstaatlichen Politik im Bereich des Handels, der Währung oder der Energie danach zu streben ist, die Interessen der einzelnen Länder einerseits und die Erhaltung des Weltwirtschaftssystems andererseits miteinander in Einklang zu bringen. Eine konzertierte internationale Zusammenarbeit zwischen sämtlichen betroffenen Ländern, einschließlich der ölproduzierenden Staaten, könnte zu einer beschleunigten Verbesserung der Situation in bezug auf Angebot und Nachfrage beitragen, die negativen wirtschaftlichen Folgen der derzeitigen Situation mildern und die

Grundlage für ausgewogenere und stabilere internationale Beziehungen auf dem Energiesektor schaffen.

8. Sie vertraten die Auffassung, daß angesichts all dessen eine wesentlich stärkere internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten unerläßlich erscheint. Sämtliche Teilnehmer an der Konferenz gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Verbraucherländern und auch den Förderländern nach Kräften zur Erreichung dieses Ziels beizutragen.

9. Sie waren sich darüber einig, daß ein umfassendes Aktionsprogramm notwendig ist, damit durch kooperative Maßnahmen sämtlichen Aspekten der Energiesituation auf weltweiter Ebene begegnet werden kann. Dabei soll auf der Arbeit der OECD aufgebaut werden. Sie erkannten an, daß es gegebenenfalls angezeigt erscheinen kann, andere Länder einzuladen, sich diesen Bemühungen anzuschließen. Ein derartiges Aktionsprogramm für die internationale Zusammenarbeit würde gegebenenfalls einschließen, daß die Mittel und Anstrengungen zusammengefaßt werden und zugleich die Politik der einzelnen Staaten aufeinander abgestimmt wird, und zwar unter anderem in folgenden Bereichen:

- Erhaltung der Energie und Einschränkung der Nachfrage;
- Zuteilung von Öllieferungen in Notzeiten und bei ernster Verknappung;
- beschleunigte Entwicklung zusätzlicher Energiequellen zur Diversifizierung der Energieversorgung;
- Beschleunigung von Energieforschungs- und Energieentwicklungsprogrammen durch internationale Zusammenarbeit⁽¹⁾.

10. Sie beschlossen, ihre Zusammenarbeit in monetären und wirtschaftlichen Fragen zu verstärken, den Arbeiten des IWF, der Weltbank und der OECD in bezug auf die wirtschaftlichen und monetären Folgen der gegenwärtigen Energielage einen Impuls zu geben und sich insbesondere mit dem Problem der Ungleichgewichte der Zahlungsbilanzen zu befassen. Sie kamen überein:

— daß bei der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Ölpreise auf die Zahlungsbilanz ein konkurrierendes Abwerten und eine Eskalation der Handels- und Zahlungsverkehrsrestriktionen bzw. störende Aktionen im Bereich der Kreditaufnahme im Ausland zu vermeiden sind⁽¹⁾;

— daß sie, wenngleich die finanzielle Zusammenarbeit die jüngsten Probleme für das Weltwirtschaftssystem nur zum Teil lösen kann, verstärkt auf kurzfristige finanzielle Maßnahmen und etwaige längerfristige Mechanismen zur Verstärkung vorhandener staatlicher und privater Kreditmöglichkeiten hinarbeiten werden⁽¹⁾;

— daß sie im Inneren eine Wirtschaftspolitik verfolgen werden, welche die aus dem derzeitigen Energiepreisniveau resultierenden Schwierigkeiten soweit wie möglich verringert⁽¹⁾;

— daß sie sich energisch darum bemühen werden, auf der Grundlage internationaler Solidarität, die alle Länder mit entsprechenden Ressourcen umfaßt, die Entwicklungshilfe bilateral und durch multilaterale Institutionen aufrechtzuerhalten und zu erweitern.

11. Sie kamen ferner überein, ihre eigenen nationalen Programme zur Erschließung neuer Energiequellen und Entwicklung neuer Technologien, die der gesamten weltweiten Versorgung dienen nur die Nachfragesituation entlasten, nach Möglichkeit zu beschleunigen.

12. Sie kamen überein, die Rolle der internationalen Erdölgesellschaften eingehend zu untersuchen.

13. Sie betonten die unveränderte Bedeutung der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt als Teil der Erschließung von Energiequellen und kamen überein, dies zu einem wichtigen Ziel ihrer Tätigkeit zu machen.

14. Sie erzielten ferner Einvernehmen darüber, daß sich ein auf Zusammenarbeit ausgerichtetes multilaterales Verhältnis mit den erdölfördernden Ländern und anderen erdölverbrauchenden Ländern entwickeln muß, das die langfristigen Interessen aller berücksichtigt. Sie sind bereit, mit diesen Ländern technische Informationen über die Frage der Stabilisierung der Energieversorgung in bezug auf Mengen und Preise auszutauschen.

15. Sie begrüßten die Initiativen in der UNO im Hinblick auf die Behandlung der umfassenderen Fragen der Energie und der Grundstoffe auf weltweiter Ebene, insbesondere den Plan zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Vollversammlung der UNO.

Festlegung einer Regelung für das weitere Vorgehen

16. Sie kamen überein, eine Koordinierungsgruppe unter dem Vorsitz hoher Beamter einzusetzen, mit dem Auftrag, die Durchführung der vorgenannten Aktionen zu leiten und zu koordinieren. Die Koordinierungsgruppe soll darüber entscheiden, wie ihre Arbeit am besten zu gestalten ist. Sie sollte

— die Aufgaben, die gegebenenfalls in bestehenden Organisationen in Angriff genommen werden, überwachen und zusammenfassen;

— Ad-hoc-Arbeitsgruppen einsetzen, soweit sich dies zur Bewältigung von Aufgaben als notwendig erweist, für die zur Zeit keine geeigneten Gremien bestehen ;

— die Vorarbeiten im Hinblick auf eine Konferenz von Verbraucher- und Förderländern leiten, die so bald wie möglich einberufen werden soll und der erforderlichenfalls ein weiteres Treffen der Verbraucherländer vorausgehen wird ⁽¹⁾.

17. Sie kamen überein, daß im Rahmen der Vorbereitung derartiger Treffen Konsultationen mit Entwicklungsländern sowie mit anderen Verbraucher- und Erzeugerländern erfolgen sollten ⁽¹⁾.

(1) Frankreich hat diesem Punkt nicht zugestimmt.